



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

**bpp**  
INGENIEURE AG

Vielseitigkeit ist  
unsere Stärke



**50** Jahre bpp Ingenieure AG

Riedstrasse 7 – 6430 Schwyz | Benzigerstrasse 19 – 8840 Einsiedeln | Industriezone Schächenwald – 6460 Altdorf | [www.bpp-ing.ch](http://www.bpp-ing.ch)

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Kasse:

Schwyzner Kantonalbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druckl media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen ..... 4–7

### Aktuell

Die Energie-Initiative birgt  
einen unlösbaren Zielkonflikt ..... 8

### Themen

ICT-Transformation + Innovation =  
(Hybrid)Cloud2 ..... 9

Zuwanderung: Wirtschaft fordert  
Schutzklausel und Anstrengungen der  
privaten und staatlichen Arbeitgeber ..... 10

Spitzenverbände präsentieren Alternative  
für sichere Renten ..... 11

Reduktion von Regulierungskosten:  
Goldener Weg gegen Frankenstärke ..... 12

Neue Billag Mediensteuer: Abzockerei  
kommt definitiv vors Volk ..... 13

Index ..... 14

### Kommentar

Die Zukunft des Industrie-  
standortes Schweiz ..... 15

## Tragen wir unserem Markt und unserem Verdienst Sorge



Urs Bruhin  
CEO Bruhin AG drucklmedia

Die Schweiz ist aus den Fugen geraten. Das könnte man jedenfalls meinen, wenn man die Reaktionen auf die Aufgabe der Franken-Euro-Bindung durch die Schweizerische Nationalbank SNB werten will. Sieht man genauer hin, wurde einfach die Realität wieder sichtbar gemacht, die da heisst: Das Einheitsgeld einiger EU-Länder «entwickelt» sich zu einer Weichwährung, wohingegen der Schweizerfranken hart und härter wird. Drei Jahre lang versuchten wir resp. die SNB dies zu verdrängen und zu verhindern.

Nun müssen wir uns mit den neuen Gegebenheiten abfinden. Und vor allem: Wir müssen handeln. Und zwar zügig. Allzu lange dürfen wir uns nicht Zeit lassen, um den Schock zu verdauen. Vielmehr gilt das Bonmot des früheren BMW-Managers Eberhard von Kuenheim: «Nicht die Grossen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamen!» Das heisst nichts anderes, als das vor allem die vielzitierten KMU sich

auf ihre Stärken besinnen müssen, die da unter anderem sind: Anpassungsfähigkeit und Tempo.

Dies gelingt umso einfacher, je vorteilhafter sich die Bedingungen präsentieren. Um an Geschwindigkeit zu gewinnen, sollten wir so wenig Ballast wie möglich mitschleppen (müssen). Das ist dem Praktiker (Unternehmer) klar. Doch die Praxis sieht leider anders aus: Der Ballast wird nicht kleiner, er wird ständig grösser. Tausende neue Stellen wurden in den letzten Jahren in der Verwaltung geschaffen, die bezahlt sein wollen. Ich will nicht behaupten, alle diese Posten seien überflüssig. Jedoch, nicht wenige dürften einer nicht immer einleuchtenden Perfektion geschuldet sein. Und nicht wenige dürften vonnöten sein um immer neue Auflagen, Gesetze, Vorschriften anzuwenden und deren Einhaltung zu kontrollieren und zu überwachen.

Möglicherweise muss wieder einmal erklärt werden, was unter «Wertschöpfung» zu verstehen ist, nämlich: erwirtschaftetes Einkommen. Nur so entsteht Wohlstand. Im Umkehrschluss heisst dies: Wir müssen uns gegen die «Wertabschöpfer» zur Wehr setzen.

Zu den Wertabschöpfern gesellen sich zurzeit die «Goldsucher». So bezeichne ich diejenigen, welche in der aktuellen Situation nach dem schnellen Profit gieren. Konkret geht es um Lieferanten/Importeure, die unter fadenscheinigen Argumenten versuchen, die BewohnerInnen der Schweiz zu schröpfen. Nicht besser nimmt sich der Einkaufstourismus ins benachbarte Ausland aus–der

nur dank in unserem Lande verdientem Lohn möglich ist. Dass dabei zum Beispiel die Bundesbahnen SBB und die Basler Verkehrsbetriebe BVB mithelfen, kann man ihnen nicht ankreiden, schliesslich gehorchen sie der Nachfrage, schön ist es trotzdem nicht.

Menschen, die das begriffen haben und entsprechend handeln, bringen uns weiter. Aufzuklären und zu informieren, sehe ich persönlich als meine Mission an in dieser Angelegenheit. Denn ohne gesunden Binnenmarkt fällt die Wertschöpfung schwer. Und das sehe sicher nicht nur ich so.

Urs Bruhin

CEO Bruhin AG drucklmedia

### Freier Eurokurs bringt Verunsicherung

Die Aufhebung des Mindestkurses des Frankens gegenüber dem Euro trifft auch die Schwyzer Exportwirtschaft, wie Ruedi Reichmuth, Präsident des Handels- und Industrievereins des Kantons Schwyz in einem Interview dem Bote der Urschweiz am Tag des Nationalbankentscheids sagte. Vom gesamten Schweizer Bruttoinlandprodukt stamme jeder zweite Franken aus dem Export. Man sei sich heute einig, dass der Wechselkurs idealerweise bei 1,25 bis 1,30 Franken pro Euro liegen sollte. Er wies darauf hin, dass im Gegenzug auch die Importe günstiger werden. Der tiefe Wechselkurs sei insbesondere für die auf Ausländer fokussierte Tourismuswirtschaft ein grosser Nachteil. Für den Kanton Schwyz bedeute die Aufhebung des fixen Wechselkurses eine Verunsicherung. «Wir haben verschiedene Firmen, die Zulieferer sind für Unternehmen, die exportieren, beispielsweise im Maschinenbau», sagte Reichmuth.

### Einkommen und Vermögen ungleich verteilt

Die Vermögen und Einkommen sind im Kanton Schwyz ungleich verteilt, wie der Steuerstatistik 2011 entnommen werden kann: 47 500 Steuerpflichtige wiesen in dieser neuesten Auflistung ein Vermögen von weniger als 50 000 Franken aus, was gut 56 Prozent der Steuerpflichtigen entspricht. Am anderen Ende der Skala sind 67 Personen aufgelistet, welche ein steuerbares Vermögen von total 27,7 Mrd. Franken aufweisen, was über 37 Prozent des gesamten (steuerbaren) Volksvermögens im Kanton Schwyz darstellt. Weitere 20 Prozent der Vermögen verteilten sich auf die Kategorie, welche zwischen 100 000 Franken und 2,5 Mio. Franken besitzen – immer nach Abzug des Freibetrages. Bei den Einkommen verdienen 540 Personen mehr als eine Million Franken im Jahr 2011. Zusammen kamen sie auf ein steuerbares Einkommen von 2556 Mio. Franken, was ziemlich genau einem Drittel des gesamten Einkommenskuchens entspricht. 8,1 Prozent der Steuerpflichtigen verdienen weniger als 10 000 Franken. Zahlenmässig am meisten Leute weisen ein steuerbares Einkommen von 10 000 bis 50 000 Franken aus. Diese 45 700 Personen machen knapp 55 Prozent aller Steuerpflichtigen aus. 24 Prozent verdienen zwischen 50 000 und 100 000 Franken.

### Keine Steuersenkungen in den Gemeinden

Mit 46 zu 40 Stimmen entschied der Kantonsrat, den Steuerfuss um 0,25 Einheiten auf 145 Prozent Pro-

zent zu erhöhen. Damit weist das Budget der Staatsrechnung 2015 ein Defizit von 64,6 Mio. Franken aus. Das Eigenkapital von derzeit rund 40 Mio. Franken wird Ende Jahr also aufgebraucht sein, sodass sich der Kanton verschulden wird. Auch in den Schwyzer Gemeinden ist die Zeit der fetten Jahre vorbei. Die Budgetrunde ist abgeschlossen, alle Gemeinden und Bezirke haben ihren Voranschlag 2015 unter Dach. Damit ist ein zuverlässiger Vergleich der Steuerfüsse möglich. Zusätzlich zum kantonalen Steuerfuss steigen in 15 Schwyzer Gemeinden 2015 die Steuern. Die tiefsten Steuern bezahlt ein evangelisch-refomierter Bürger von Wollerau mit 2,30 Einheiten, die höchsten ein katholischer Illgauer mit 432 Prozent einer Einheit. Der Kanton rechnet 2015 mit Ausgaben von 1395 Mio., die Gemeinden zusammen mit 845 Mio. Franken. Die 30 Gemeinden und drei Bezirke zusammen kommen auf einen budgetierten Fehlbetrag von 27 Mio. Franken. Auch bei der Verschuldung sieht es bei den Gemeinden besser aus als beim Kanton. Ihre Eigenkapital-Beträge vermögen die entsprechenden Defizite zu decken. Allerdings leben die meisten Gemeinden von ihrer Substanz. Sie zehren vom in den Vorjahren angehäuften Eigenkapital. Von den 30 Gemeinden und drei Bezirken rechnen Oberiberg, Steinerberg, Morschach und Freienbach mit Ertragsüberschüssen. Bei allen anderen Kommunen werden Defizite in der Laufenden Rechnung budgetiert. Betragsmässig sind diese in Küssnacht (-3,3 Mio.), Feusisberg (-2,9 Mio.) und im Bezirk Höfe (-2,4 Mio.) am höchsten.

### H+I-Präsident will Ende von Politik-Hickhack

In einem Interview im Bote der Urschweiz zum Jahresanfang schaut Ruedi Reichmuth, Präsident des H+I Kanton Schwyz, für die Schwyzer Wirtschaft grundsätzlich positiv dem Jahr 2015 entgegen. Doch er sieht auch Gefahren. Neben einer Ausweitung der Krisen wie in der Ukraine oder dem IS-Terror könne auch die Schwyzer und Schweizer Politik zur Gefahr werden. So stellt gemäss Reichmuth «der so genannt permanente Wahlkampf in der Schweiz und mittlerweile offensichtlich auch im Kanton Schwyz» eine Belastung dar, zumal «neben der Vielzahl von Vorstössen, Initiativen und sonstigen Extrempositionen durch Parteien und Interessenvertreter das politische Augenmass verloren geht». Reichmuth hat dabei auch das politische Klima im Kanton Schwyz im Visier. Er stellt kantonal eine «Verluderung der politischen Auseinandersetzung fest». Der H+I-Präsident stellt Forderungen an die Adresse

der Politik. Politiker aller Couleur sollen die ständigen Querelen beilegen und von ihren unverrückbaren Positionen wegkommen. Sie sollten konstruktive und gute, tragende Rahmenbedingungen für eine weiterhin prosperierende Schweiz beschliessen.

### **Franz Marty spricht zu den Finanzen**

Erstmals äussert sich der ehemalige Finanzdirektor Franz Marty zum Finanzausgleich. Der ehemalige Schwyzer Finanzdirektor machte unseren Kanton mit einem feudalen Finanzpolster zum Steuerparadies. Marty war auch der Vater des Finanzausgleichs. Die Finanzpolitik im Kanton kommentierte er in den letzten Jahren nicht mehr – bis zum Jahreswechsel. Im Regionaljournal Zentralschweiz auf SRF 1 gab er einen Überblick über die Lage. Im nächsten Jahr bezahlt der Kanton Schwyz fast 170 Mio. Franken in den nationalen Finanzausgleich, das Eigenkapital ist fast aufgebraucht. Marty wurde gefragt, was falsch lief. «Der Kanton wurde zu stark belastet. Als man den nationalen Finanzausgleich einführt, hat er alle Lasten übernommen und nichts auf die Gemeinden übertragen. Die Steuern seien nochmals kräftig gesenkt worden, vor allem die Dividendenbesteuerung. Zudem sei es nicht gelungen, unter den politischen Kräften das Gleichgewicht im Haushalt zu finden. Ob man im Kanton Schwyz auf zu grossem Fuss gelebt habe? Marty bezeichnete die Aufwandentwicklung als «sehr lebhaft». Mit durchschnittlich vier Prozent pro Jahr könne man nicht von Sparen sprechen. Weil die Steuerkraft in den Kantonen Zürich und Genf zurückging, treffe es Zug und Schwyz immer mehr. Im Prinzip sei der nationale Finanzausgleich gut konzipiert. Bei der Höhe des Ausgleichtopfes und bei der Frage, wer es wie stark treffe, seien bestimmte Anpassungen vorzunehmen. Beide Seiten – Nehmer- wie Geberkantone – sollen Klugheit walten lassen. Die Nehmerkantone hätten nach seiner Ansicht den Vorschlag des Bundesrates zu einer leichten Ermässigung annehmen sollen. «Der kluge Kompromiss lag auf dem Tisch.» Dennoch glaubt Marty, dass es möglich sein wird, in begrenztem Ausmass eine Anpassung zu finden.

### **Arbeitslosenzahlen übers Jahr gesehen leicht rückläufig**

1436 Personen waren Ende Jahr im Kanton Schwyz arbeitslos. Zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr waren 1453 Arbeitslose registriert. Das zeigt, dass der Arbeitsmarkt robust ist – und parallel dazu liegen

freundliche Konjunkturaussichten vor. Dass trotz des Rückgangs über das gesamte Jahr im Dezember eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen (plus 141 Personen) gegenüber dem Vormonat zu verzeichnen ist, sei rein saisonal bedingt, erklärt Hubert Helbling, Vorsteher des Amts für Arbeit. Dies erklärt auch, weshalb das Baugewerbe mit einer Zunahme (im Dezember) von 72 auf 233 arbeitslose Personen der am stärksten betroffene Wirtschaftszweig ist, gefolgt von Handel; Reparatur- und Autogewerbe (178 Personen). Bei den Männern wurde im Dezember eine Zunahme der Arbeitslosigkeit von 110 Personen auf insgesamt 900 Personen registriert, bei den Frauen besteht eine Zunahme von 31 Personen auf ein Total von 536 Arbeitslosen. Die Arbeitslosenzahlen Ende Dezember setzen sich aus 756 Personen schweizerischer und 680 Personen ausländischer Nationalität zusammen.

### **Das Schwyzer Firmenwachstum geht weiter**

Der Kanton Schwyz wächst weiter. Das ist jedenfalls der neuesten Statistik des kantonalen Volkswirtschaftsdepartements zu entnehmen. Auf der Homepage sind die neuesten Zahlen publiziert. Und die zeigen nur eine Tendenz: Es geht weiter nach oben. Insgesamt zählt der Kanton Schwyz 15 965 Firmen. Das sind per Ende Jahr 640 mehr als 2013. Die Entwicklung verlief je nach Kategorie unterschiedlich. Am stärksten war das Wachstum bei den GmbHs. Hier gibt es auf Kantonsgebiet mittlerweile 4997 solche Betriebe, 350 mehr als 12 Monate zuvor. Auch die Zahl der Aktiengesellschaften nahm massiv zu. Hier betrug das Wachstum 292 neue Gründungen, sodass per Ende 2014 nicht weniger als 6484 AGs resultierten. Einzig die Zahlen der Kommanditgesellschaften (-3) und der Genossenschaften (-11) sowie der Stiftungen (-6) gehen derzeit zurück. Wie rasant die Entwicklung im Kanton Schwyz verlief, zeigt ein Blick zurück. Noch 2008 gab es im Kanton Schwyz mit 11 842 Firmen rund 4000 weniger als heute. Die Zahl der AGs und der GmbHs legte im gleichen Zeitraum um rund einen Drittel zu. Total zählt der Kanton heute 3399 Einzelfirmen (2008: 3122), 225 Kollektivgesellschaften (261), 44 Kommanditgesellschaften (56), 153 Genossenschaften (190), 84 Vereine, 302 Stiftungen (283) und 275 Zweigniederlassungen (214).

### **Biokraftwerk für Ausserschwyz**

Die Familie Züger in Galgenen baut ihre Biogasanlage zu einem Biokraftwerk aus. Damit werden ab 2016 in einer ersten Phase rund 4000 Haushaltungen

in Lachen und Galgenen mit Wärme versorgt. In der zweiten Phase kommen weitere Gemeinden bis Pfäffikon dazu. Zusätzlich wird die Stromproduktion aus biologischen Abfällen erhöht. Für das weit fortgeschrittene Projekt ist die Finanzierung bereits gesichert: Für die erste Phase rechnen Philipp und Guido Züger mit Investitionen von 33 Mio. Franken. Ein Grossteil davon fällt beim Leitungsnetz an und fliesst somit in das einheimische Gewerbe. Gespräche mit den entsprechenden Amtsstellen haben bereits stattgefunden, nun folgen Umweltverträglichkeitsbericht und die Bewilligungsphase.

### **BZ Bank mit 14 Mio. Gewinn**

Die BZ Bank Aktiengesellschaft erzielte in ihrem 30. Geschäftsjahr einen Jahresgewinn von 14,6 Mio. Franken. Dies entspricht einer Rendite von 39,6 Prozent auf dem durchschnittlich eingesetzten Eigenkapital. Wie schon das vorherige war auch das Ende November 2014 abgeschlossene Geschäftsjahr geprägt von einem anhaltenden politischen und regulatorischen Druck auf dem Finanzplatz Schweiz und damit einhergehend steigenden Kosten. Gerade für die kleinen und mittleren Banken ist es nicht einfach, sich in diesem schwierigen Umfeld zu behaupten, kommentieren die Bankverantwortlichen die zurückliegenden Monate. Sie sind jedoch zuversichtlich, dass sich das Geschäftsmodell der Bank auch in Zukunft bewähren wird. Kern-tätigkeit der in Wilen bei Wollerau domizilierten Bank bildet unverändert das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft. Die Bilanzsumme betrug 433 Mio. Franken, das Eigenkapital wird mit 44,2 Mio. Franken ausgewiesen. Der Depotwert der Kundenvermögen, bei denen es sich hauptsächlich um Aktienbestände handelt, lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 8 Milliarden Franken.

### **Ebners Helvetic Airways baut aus**

Eigentümer der Fluggesellschaft Helvetic Airways ist der Freienbacher Investor Martin Ebner. Die Fluggesellschaft hat ein erfolgreiches Geschäftsjahr hinter sich, wie an einer Medienorientierung vor Weihnachten in Zürich bekannt gegeben und gleichzeitig die neue Flotte vorgestellt wurde. Der Sitzladefaktor ist letztes Jahr von 78 auf 85 Prozent gestiegen. Erstmals hat Helvetic Airways über eine Million Passagiere befördert. Die Airline blickt – trotz hartem Konkurrenzkampf – zuversichtlich in die Zukunft. Das Aktienkapital wurde von 5 auf 10 Mio. Franken erhöht, die

Flugzeugflotte entscheidend erneuert und erweitert. Bisher betrieb Helvetic Airways sechs Fokker 100 und einen Airbus 319-100. Dazu werden in den nächsten Monaten sieben neue Passagiermaschinen vom Typ Embraer 190 stossen. Damit wird die Sitzplatzkapazität verdoppelt. Gleichzeitig wird die Mitarbeiterzahl von heute 233 bis Juni 2015 auf 375 steigen. Der Erfolg der Airline basiert auf der Fokussierung auf Nischenflüge. Martin Ebner hat die Fluggesellschaft 2006 übernommen.

### **Cluster hat neue Partner**

Der Health Tech Cluster will sich internationaler ausrichten. Dazu hat er neue Partner aus dem Ausland: Er arbeitet nun mit drei österreichischen und drei deutschen Netzwerken zusammen. Wie der Cluster mit Sitz in Steinen mitteilt, wolle man mit der Kooperation die strategische Zusammenarbeit forcieren. «Global gesehen ist die Schweiz eine sehr bedeutungsvolle Drehscheibe für Medizin und Gesundheit. Die ganzheitliche Vernetzung der Akteure hat bisher aber nur in unzureichendem Masse stattgefunden», sagt Clustermanager Thomas Meier. Die neuen Abkommen seien ein erster Schritt, um dies zu ändern. Weiter geht aus dem Communiqué hervor: «Es sind verschiedene Massnahmen geplant, die den jeweiligen Mitgliedern im hart umkämpften Marktumfeld einen Vorteil bringen sollen.» So werden eine länderübergreifende Innovationsförderung und Zugang zu den Mitgliedsunternehmen der Partnernetzwerke angestrebt.

### **Ibächler Firma baute längste Tunnelfunkanlage der Welt**

Die Ibächler Firma Elbatech kann mit einem Weltrekord aufwarten. Sie baute die längste Tunnelfunkanlage in die beiden Fahrrohre des Gotthard-Basistunnels. Die Monteure und Projektleiter hatten während der Arbeitszeit im Gotthard-Basistunnel anspruchsvolle Aufgaben zu bewältigen: 114 Kilometer Kabel sowie die entsprechenden Zuleitungen wurden durch Elbatech verlegt, befestigt, getestet und in Betrieb genommen. Das montierte Kabel bildet im Gotthard-Basistunnel das Übertragungsmedium der digitalen Kommunikation. Dabei wird die Funkverbindung der Lokführer sowie aller Blaulichtorganisationen im Notfall sichergestellt. Im Grunde ist das «strahlende Kabel» nichts anderes als eine kabelförmige Antenne von rund fünf Zentimeter Durchmesser, die über die gesamte Tunnellänge auf der Höhe der Fahrleitung an der Wand

montiert ist. Das Kabel ermöglicht nebst der Nutzung durch die SBB auch den Zugpassagieren, innerhalb des Tunnels moderne Kommunikationsmittel wie Telefonie und Internet zu nutzen.

### **Landi Einsiedeln baut für 14 Mio. Franken**

Die Landi Einsiedeln baut an der Gaswerkstrasse ein neues Geschäftshaus. Mit dem geplanten Neubau wird sie in der Lage sein, das Vollsortiment anbieten zu können. Die Verkaufsfläche wird gegenüber der heutigen verdreifacht. Der Neubau für 14 Mio. Franken wird in drei Etappen zwischen März 2015 und Juni 2016 realisiert. Fundament und Statik des zweistöckigen Baus werden so berechnet, dass er bei Bedarf auf fünf Stockwerke erweitert werden kann. Um das Bauvorhaben finanzieren zu können, so das Aktienkapital von 600 000 auf 2,1 Mio. Franken erhöht werden. Gleichzeitig ist geplant, die bisherige Geschäftsliegenschaft an der Schnabelsbergstrasse zu verkaufen.

### **EW Schwyz mit mehr Gewinn**

Der Stromabsatz des Elektrizitätswerkes Schwyz (EWS), einer Tochtergesellschaft der Centralschweizer Kraftwerke (CKW) resp. der Axpo, lag im Geschäftsjahr 2013/2014 knappe 3,8 Prozent unter dem Vorjahreswert. Der Stromverkauf betrug 253 Millionen Kilowattstunden. Die Stromkunden profitierten von einer Senkung der Elektrizitätstarife um ein halbes Prozent. Auch für das kommende Geschäftsjahr wird eine Stromsenkung um 2,4 Prozent angekündigt. Das EWS konnte den Erfolg erneut steigern, der erwirtschaftete Ertrag lag im Geschäftsjahr 2013/2014 bei 63 Mio. Franken. Der Betriebsaufwand nahm ebenfalls um 0,4 Prozent auf 62,6 Mio. Franken zu. Damit lag das Betriebsergebnis des EWS bei 770 000 Franken, vor Zinsen und Steuern (Vorjahr 452 000 Franken). Das Eigenkapital lag am Ende des Geschäftsjahres (30. September) bei 6,3 Mio. Franken. Das EWS bietet 134 Arbeitsplätze an und bildet 33 Lernende in sechs Berufen aus. Es wird eine lokale Wertschöpfung von 16 Mio. Franken generiert.

### **Marggi AG geht in die E-K Bauunternehmung über**

Nach fast 50-jähriger Tätigkeit im Hoch- und Tiefbau verstarb Rudolf Marggi, der Gründer und Inhaber der Marggi AG, im Frühjahr 2014. Nach intensiver Evaluation hat sich die Erbgemeinschaft aus Gründen der Nachfolgeregelung entschieden, die Mitarbeiter und das Inventar der Marggi AG mit Sitz in

Wilten an die Firma E-K Bauunternehmung GmbH, Freienbach, zu übertragen. Diese wurde 2008 gegründet und wird durch Inhaber Mehmet Kurtishaj geführt. Mit der Übernahme beschäftigt die E-K Bauunternehmung neu total 25 Mitarbeiter. Mit der Übernahme will die Bauunternehmung ihre Stellung in der Region Zürichsee und im Glarnerland stärken. Die Firma wird ihren Geschäftssitz von Freienbach nach Wilten verlegen.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschentagatur (sda) zusammengestellt.*

## Die Energie-Initiative birgt einen unlösbaren Zielkonflikt

Ein risikoreiches Unterfangen. Als solches bezeichnete Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer». Die Vorlage der Grünliberalen, über welche am 8. März entschieden wird, ist jedoch mehr als das. Sie basiert auf einem fundamentalen Konstruktionsfehler.

Geht es nach den Initianten, soll die Mehrwertsteuer künftig durch eine Steuer auf Benzin, Diesel, Öl, Gas und Strom aus nicht erneuerbaren Energiequellen ersetzt werden. Die neue Steuer soll jeweils so hoch angesetzt werden, dass damit in Zukunft gleich viel Geld in die Bundeskasse fliesst wie heute durch die Mehrwertsteuer. 2012 waren dies 22 Milliarden Franken.

### Fünf Franken pro Liter Benzin

Die Initiative will somit zwei Ziele auf einmal erreichen: Einerseits sollen die Schweizer vermehrt auf alternative Energien setzen, gleichzeitig soll die neue Steuer dem Staat die notwendigen Einnahmen sichern, die er beispielsweise für die Aufrechterhaltung der Bahninfrastruktur, des Bildungs- und Forschungssystems sowie der Sozialversicherungen braucht. Doch genau da liegt der grosse Fehler der Energie-Steuer: Sobald die Initiative nämlich ihr erstes Ziel erreicht und der Energieverbrauch in der Schweiz sinkt, muss der Steuersatz logischerweise erhöht werden – denn sonst klafft ein Loch in der Bundeskasse. Die hohen Steuersätze hätten zur Folge, dass je länger je weniger Energie gebraucht würde, was die Kosten immer weiter in die Höhe treiben würde. Die-

ser entscheidende Zielkonflikt der Initiative ist offensichtlich und kann kaum aufgelöst werden.

Während der letztjährigen Parlamentsdebatte zur Volksinitiative erklärte der Bundesrat, welche konkreten Folgen die Energie-Steuer für die Schweizer Bevölkerung und die hiesigen Unternehmen bis ins Jahr 2020 hätte: Beim Benzinpreis erwartet der Bundesrat einen Preisanstieg von 3 Franken pro Liter; Tendenz steigend. Mit einem Anstieg von 3.30 Franken pro Liter wäre der Aufschlag beim Heizöl noch extremer – und auch der Strom verkommt bei einem Ja mit einem Kostenanstieg von rund 30 Rappen pro Kilowattstunde irgendwann zum Luxusgut.

### Wettbewerbsnachteil für Schweizer Firmen

Die geplante Steuerreform würde somit nicht nur den privaten Haushalten schaden, sondern vor allem auch den Unternehmen – dies besonders im Vergleich mit der ausländischen Konkurrenz. Denn: Würden die Schweizer Firmen die erhöhten Energiekosten auf die Produktpreise überwälzen, würden die Kunden ganz einfach auf ausländische Importware ausweichen. Auch im Ausland können die Preise nicht erhöht werden – denn sonst wären die Schweizer Exporte bald nicht mehr wettbewerbsfähig. Unter dem offensichtlichen Wettbewerbsnachteil würden besonders auch kleinere und mittlere Unternehmen leiden.

### Energieeffizienz: Schweiz mit Vorreiterrolle

Trotz aller Gegenargumente mag die Energie-Steuer zumindest

aus Sicht der Klimapolitik fortschrittlich, ja sogar notwendig klingen. Doch auch das ist ein Trugschluss. Die Schweizer Unternehmen sind in Sachen Energiepolitik längst nicht so schlecht oder «dreckig», wie es die Initiative vermuten lässt. In Tat und Wahrheit nimmt die Schweiz in Sachen Klimaschutz eine Vorreiterrolle ein. Sowohl bei den Treibhausgasemissionen als auch bei der Energieeffizienz liegt unser Land im internationalen Vergleich weit vorne.

Das bedeutet zwar nicht, dass wir uns auch in Zukunft anstrengen müssen, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss weiter zu reduzieren – dennoch zeigt der Vergleich mit anderen Ländern, dass sich die Schweiz auf dem richtigen Weg befindet. Mit der Energiestrategie 2050 verfolgt der Bundesrat zudem bereits heute einen deutlich sinnvolleren Weg, um in Zukunft Treibhausgase und den Energieverbrauch zu reduzieren und die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen zu stärken.

Fazit: Die Allianz gegen die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» ist eindrücklich breit – und das zu Recht. Es gibt im Moment keinen plausiblen Grund, das bewährte Mehrwertsteuer-System durch ein teures, überstürztes und riskantes Experiment wie der Energie-Steuer zu ersetzen.

*Schwyzer Komitee  
«Nein zur Initiative Energie- statt Mehrwertsteuer», 8832 Wilen*



## ICT-Transformation + Innovation = (Hybrid)Cloud2

Im Spannungsfeld der Möglichkeiten von EDV-/Cloud-Services einerseits und den Bedürfnissen der Anwender andererseits ist eine Bereitschaft zur Transformation nötig. EDV-Organisationen mit ihren EDV- und Cloud-Lösungen werden zunehmend von den Anwendern herausgefordert. Einige Themen, die derzeit für Gesprächsstoff sorgen, sind: ByoD (Bring your own Device), PclT (People centric IT), Consumerization oder der – nicht immer mit den Firmenregeln verträgliche – Anwenderanspruch an Webmail, Datensynchronisation (z.B. Dropbox, iCloud, OneDrive), Social Media (z.B. Facebook, Twitter, Skype, Xing, Blog) oder der mehr oder weniger offene Internetzugang im Unternehmen.

Die vermehrt gewünschte Verschmelzung der unterschiedlichen Endgeräte, wie Firmen-PC, HomeOffice-PC, Ultrabook, Tablet und Smartphone führt – zusammen mit den verschiedenen Cloud-Services, Apps und intuitiven Benutzeroberflächen – zu einem entsprechenden «Wandlungsdruck der Informatik», nennen wir es einmal «Transformation», eine Transformation in ein neues Informatikzeitalter mit einer noch stärker individualisierten, an der jeweiligen Firmenstrategie orientierten Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT). Die Führungsebene ist auch in diesem Bereich in der Pflicht, diese Transformation zu unterstützen, entsprechende Entscheidungen mit zu treffen oder auch kritisch zu hinterfragen. ICT wird vielfach leider immer noch als reine Kostenstelle und nicht als strategischer, ja sogar innovationstreibender Vorteil gegenüber

Mitbewerbern betrachtet. Sowohl zahlreiche Anbieter von EDV-Services als auch deren Anwender nutzen dementsprechend selbst die bereits vorhandenen Möglichkeiten der jetzigen EDV mit «angezogener Handbremse», dies zulasten der Arbeitseffizienz und der eigentlich angestrebten Flexibilität.

Das strukturierte – meist langfristig statische – ICT-Management, die vorhandenen Prozesse, die Standardisierung und auch der Status der Mitarbeiterschulung steht vielfach im Widerspruch zu der gängigen Ansicht der Anwender, dass neue Möglichkeiten, wie Cloud-Services, einfach, schnell und per plug and play funktionieren sollten.

Das zwischen ICT-Lieferanten und Anwendern zu vereinbarende Ziel sollte eine massgeschneiderte Informations- und Kommunikationstechnologie sein. Der Mehrwert eines sinnvollen Masses an – mitunter auch «mutiger» – Innovation muss einerseits dauerhaft sein und andererseits mit allen beteiligten Anwendern mit bestehenden, zu optimierenden oder neuen Systemen realistisch erreichbar sein. Die entsprechende Schulung der Anwender, speziell auch deren Sensibilisierung für das Thema IT-Sicherheit, ist dabei ebenso wichtig wie der Knowhow-Transfer zwischen internen und externen Verantwortlichen. Es ist in jedem Fall zu vermeiden, bei firmen-kritischen Prozessen in die Abhängigkeit einzelner Personen oder Service-Providern zu geraten. Moderne, attraktive Arbeitsplätze wirken sich in einem ausgetrockneten Markt für qualifizierte Fachkräfte zunehmend positiv aus, sowohl

auf die Arbeitgeberattraktivität wie auch auf die Personalrekrutierung. Wenn sich alle Beteiligten zu der beschriebenen Transformation von Mensch und Maschine motivieren lassen, die Organisation sozusagen «ready to transform to (hybrid) cloud<sup>2</sup>» ist, so entsteht dauerhafter Mehrwert – bei bestmöglichem Business-Support durch ICT.

*Fridel Rickenbacher, MIT-Group*

## Zuwanderung: Wirtschaft fordert Schutzklausel und Anstrengungen der privaten und staatlichen Arbeitgeber

Die Umsetzung der Initiative «gegen Masseneinwanderung» wird eines jener Themen sein, das die Schweiz 2015 massgeblich beschäftigt. Heute haben Spitzenverbände der Schweizer Wirtschaft in Zürich dargelegt, welche politischen Massnahmen nötig sind, um den neuen Verfassungsbestimmungen ohne Gefährdung des Wohlstands Geltung zu verschaffen. Politik und Wirtschaft hätten verstanden, dass die Bevölkerung eine spürbare Reduktion der Zuwanderung wolle, betonte man bei *economiesuisse*. Das wuchtige Nein zur *Ecopop*-Initiative habe aber auch verdeutlicht, dass sich die Stimmberechtigten kein enges Korsett wünschen, das der Wirtschaft die Luft abschnüren würde. Starre Quoten oder eine Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU seien deshalb keine Option. Stattdessen schlägt die Schweizer Wirtschaft ein Umsetzungsmodell mit drei Säulen vor.

### **Globalkontingent auf Verordnungsstufe**

Als erstes Element befürwortet die Wirtschaft die Einführung eines Schutzklausel-Modells. Bis zu einer noch festzulegenden Obergrenze soll weiterhin die volle Personenfreizügigkeit mit den EU- und EFTA-Staaten gelten. Dazu soll der Bundesrat auf Verordnungsstufe ein sogenanntes Globalkontingent festlegen, das jeweils angepasst werden kann. Ist dieses ausgeschöpft, wird die Einwanderung von Arbeitskräften vorübergehend kontingentiert. Ein solches Modell könnte den Weg ebnen zu einer Einigung mit der EU und einer Rettung der bilateralen Verträge, betonte *Swiss-*

*mem*-Präsident Hans Hess. Denn starre Kontingente und Inländervorrang seien mit der Personenfreizügigkeit nicht vereinbar. Hingegen dürfte ein Schweizer Migrationsmodell bessere Chancen haben, wenn es auf Regeln zurückgreift, die in der EU bereits bekannt sind. Schutzklauseln in Staatsverträgen seien ein weit verbreitetes Instrument. Die Wirtschaft fordert deshalb, dass auch der Bundesrat in der Gesetzgebung zur Masseneinwanderungsinitiative auf diese Karte setzt.

### **Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften senken**

Der zweite Teil des Umsetzungsmodells betrifft die Unternehmen direkt. Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, will am Prinzip einer flexiblen Zuwanderungspolitik festhalten. Gleichzeitig werde die Wirtschaft aber mit konkreten Massnahmen dazu beitragen, die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften spürbar zu senken. Im Vordergrund steht dabei die bessere Nutzung des inländischen Potenzials, wie es auch die Fachkräfteinitiative des Bundes zum Ziel hat.

### **Enormes Stellenwachstum beim Staat**

Als drittes Element, so wird betont, spielt auch der Staat eine entscheidende Rolle. Die öffentliche Hand ist ein bedeutender Arbeitgeber: Per Ende 2013 beschäftigte sie in der Schweiz 1,04 Millionen Angestellte. Seit Mitte der 1990er-Jahre hat die Beschäftigung in staatlichen oder staatsnahen Betrieben um 40 Prozent zugenommen, während sie im gesamten Arbeitsmarkt um le-

diglich 17 Prozent angestiegen ist. Damit ist auch der Staat für einen grossen Teil der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt verantwortlich. Aus Sicht der Wirtschaft ist es problematisch, wenn bei einer Beschränkung der Zuwanderung der Staat den Privatunternehmen die knappen Kontingente streitig macht. «Ein Beitrag zur Lösung des Problems wäre ein Nullwachstum der Stellen im Staatssektor», erklärte Gottlieb A. Keller, Präsident von *scienceindustries*. Neue staatliche Arbeitsplätze sollen nur noch in Bereichen geschaffen werden, die der Ausbildung dienen oder «produktive» Leistungen erbringen. Dies gelte auch für die Kantone und Gemeinden.

Nurdurch gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft kann die Zuwanderung nachhaltig reduziert werden, ohne den Wohlstand der Schweiz aufs Spiel zu setzen. Im Idealfall ist man damit so erfolgreich, dass eine Schutzklausel für die Einwanderung aus den EU-Ländern gar nie aktiviert werden muss.

(*economiesuisse*)

## Spitzenverbände präsentieren Alternative für sichere Renten

Der Schweizerische Arbeitgeberverband und economiesuisse wollen das heutige Rentenniveau sichern. Dafür braucht es eine verhältnismässige Anhebung des Rentenalters und eine massvolle Zusatzfinanzierung. Die beiden Spitzenverbände präsentieren damit eine Alternative zum Ansatz des Bundesrats, der seine einnahmelastige Reform als alternativlos bezeichnet. Massvoll muss die Zusatzfinanzierung aber sein, damit die Mehrbelastung für Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu einem Wachstumskiller wird. Die hohe Verlässlichkeit der Schweizer Sozialwerke verdanken wir zu einem grossen Teil dem anhaltenden Wachstum der letzten Jahrzehnte. Wachstumseinbussen würden das ohnehin drohende Finanzierungsproblem in der Altersvorsorge verschärfen.

Die beiden Spitzenverbände verlangen daher, die Reformmassnahmen auszubalancieren (siehe unten). Die Festsetzung des Referenz-Rentenalters bei 65 Jahren für beide Geschlechter spielt dabei eine zentrale Rolle. Sie verlängert nicht nur die Beitragsfinanzierung, sondern schafft auch die Voraussetzungen, das hiesige Arbeitskräfte-Potenzial besser auszuschöpfen. Der demografisch bedingte Fachkräfte-Mangel und eine dadurch drohende Wachstumsschwäche können so abgefedert werden.

Der Lösungsvorschlag von Arbeitgeberverband und economiesuisse birgt weitere Vorteile: Er teilt die bundesrätliche Mammutvorlage in verdaubare Reformschritte auf– und schützt damit vor Steuer-

erhöhungen auf Vorrat sowie einer voreiligen Erhöhung des Rentenalters. Zudem ist die Lösung der Spitzenverbände fair: Das Volk kann zu in sich stimmigen Fragen ja oder nein sagen. Dagegen setzt der Bundesrat mit seinem Paket, das unterschiedlichste Inhalte miteinander vermischt, alles auf eine Karte. Errisikiert damit viel. Allein mit Blick auf die happigen Mehrkosten ist absehbar, dass die Vorlage spätestens an der Urne scheitern wird.

Der Ball liegt nun beim Parlament, das seine staatspolitische Verantwortung wahrnehmen und die Vorlage im Sinne der Spitzenverbände umbauen muss. Diese zeigen jedenfalls eine erfolgversprechende Alternative zur Sicherung der heutigen Renten auf.

\*\*\*\*\*

### Sichere Renten dank verdaubaren Portionen mit klaren Prioritäten

Die Wirtschaft fordert eine Aufsplittung der Reform in zwei separate Kernvorlagen:

#### Vorlage 1 umfasst:

- Festsetzung des Referenz-Rentenalters bei 65 Jahren für beide Geschlechter. Daran gekoppelt ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um maximal 0,6 Prozentpunkte.
- Die Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6,0 Prozent in der zweiten Säule. Kompensationsmassnahmen (kein Leistungsausbau) sichern das heutige Rentenniveau.

#### Vorlage 2 umfasst eine Stabilisierungsregel für die AHV:

- Schritt 1: Gerät die Rentenfinanzierung in Schieflage, müssen Bundesrat und Parlament stabilisierende Massnahmen ergreifen.
- Schritt 2: Gelingt das nicht, greift folgender Automatismus: Das Referenz-Rentenalter wird schrittweise um maximal 24 Monate angehoben. Daran gekoppelt ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um maximal 0,4 Prozentpunkte.

(Arbeitgeberverband)

## Reduktion von Regulierungskosten: Goldener Weg gegen Frankenstärke

**Die Wirtschaft kommt durch die Aufgabe des Euro-Mindestkurses stark unter Druck. Zur Abfederung der Frankenstärke sind per sofort bürokratische Regulierungskosten zu senken. Das Potenzial dazu hat der Bundesrat schon vor einem Jahr in einem Bericht identifiziert. Geschehen ist bis heute nichts. Der Schweizerische Gewerbeverband sgV fordert in einem offenen Brief den Bundesrat zum Handeln auf.**

Die Schweizerische Nationalbank betonte seit der Einführung der Euro-Untergrenze den temporären Charakter der Massnahme. Unternehmen und Politik hätten die Zeit bis zur Aufhebung gezielt zur Anpassung der Strategien zu nutzen. Diese Hausaufgaben hat der Bundesrat nicht gemacht. Seit mehr als einem Jahr weiss er, dass er mit der Senkung der Regulierungskosten die Wirtschaft um mindestens 2,2 Milliarden Franken entlasten könnte. Passiert ist nichts. Dies obwohl es der Bundesrat selber war, der das Potenzial und die Stossrichtungen der Umsetzung bei der Senkung der Regulierungskosten erarbeitet hat.

Heute stehen die Unternehmen unter grossem Druck. Können Regulierungskosten abgebaut werden, löst dies unmittelbar Wachstumsimpulse für die Schweizer Wirtschaft aus. Mit konsequentem Vorgehen gegen die Regulierungskosten wird eine gezielte Wachstumsstrategie eingeschlagen, Beschäftigung gesichert und jedem Schweizer und jeder Schweizerin eine Perspektive gegeben.

Weiter ist entscheidend, dass die Wirtschaft nicht durch politische Entscheide zusätzlich geschwächt wird. Dazu gehören insbesondere Vorlagen wie die neue Billag-Mediensteuer, mit der die Unternehmer doppelt besteuert werden sollen und die Wirtschaft mit jährlich 200 Millionen Franken zusätzlich belastet wird. Auch müssen in Vergangenheit gemachte Fehler unbedingt vermieden werden. Angestrebte Preisregulierungen im Rahmen von Kartellgesetzrevisionen sind verfehlt, behindern den Wettbewerb und dürfen sich nicht wiederholen.

Verantwortungsvolle Politik basiert auf einem einfachen Ansatz: Wo unnötige Kosten für die Wirtschaft gesenkt werden können, muss dies unverzüglich und rasch an die Hand genommen werden. Die Fokussierung auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen ist gleichzeitig eine Wachstumsstrategie.

(sgv)

## Neue Billag Mediensteuer: Abzockerei kommt definitiv vors Volk

**Das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer ist mit 91'000 beglaubigten Unterschriften definitiv zustande gekommen. Das bestätigt heute die Bundeskanzlei. Damit hat das Volk das letzte Wort, ob es künftig bis zu 1000 Franken Billag-Mediensteuer pro Haushalt und Jahr zahlen will. Der sgV erzwingt diese Abstimmung, nachdem die Medienministerin die neue Steuer ohne Abstimmung am Souverän vorbeisammeln wollte.**

Dass das Volk das letzte Wort über die neue Billag-Mediensteuer haben wird, ist nun offiziell bestätigt. Wie die Bundeskanzlei heute mitteilte, ist das Referendum mit über 91'000 offiziell beglaubigten Unterschriften sehr deutlich zustande gekommen.

Die Bevölkerung ist offenbar nicht bereit, neben Einkommenssteuer, Vermögenssteuer, Mineralölsteuer und und und neu auch noch eine neue Billag-Mediensteuer zu bezahlen. Neue Steuern müssen vom Volk bestätigt werden. Dank dem Referendum ist das nun auch bei der Billag-Mediensteuer der Fall. Diese wollte die Medienministerin ursprünglich am Volk vorbeisammeln. Dies obwohl sich der Bundesrat mit der Vorlage gleich auch die unbeschränkte Kompetenz geben lassen will, die Billag-Mediensteuer künftig ohne irgendwelche demokratische Kontrolle erhöhen zu können.

Und dass die neue Steuer schnell weiter ansteigen wird, ist vorprogrammiert. In den letzten 20 Jahren haben sich die Abgaben für Radio und TV um 64 Prozent auf

462 Franken erhöht. Mit dieser Entwicklung ist bis 2030 mit jährlichen Gebühren von bis zu 1000 Franken pro Jahr und Haushalt zu rechnen. Das neue Radio- und Fernsehgesetz entpuppt sich als Steuerfalle.

Dass die Medienministerin und die TV-Bosse wenig Interesse an einer eingehenden demokratischen Diskussion der neuen Billag-Mediensteuer haben, zeigte die bisherige Berichterstattung des SRF zum Thema. Während das parallel eingereichte Referendum zum Sanierungstunnel am Gotthard vom Staatssender sehr breit thematisiert wurde, kamen die Argumente gegen die neue Billag-Mediensteuer kaum vor. Umso mehr wird der sgV dafür kämpfen, dass diese Abzockerei am Volk nicht totgeschwiegen wird. Als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft wird er einen sehr engagierten Abstimmungskampf gegen die neue Billag-Mediensteuer und damit für ein Nein zum revidierten Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) führen.

(sgV)

## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
<b>2013</b>	98,4	98,5	98,5	98,6	98,3	98,4	98,4	98,5	98,6	98,2	98,1	98,1
<b>2014</b>	98,1	97,7	97,8	97,5	97,5	97,6	97,5	97,3	97,3	97,1	96,5	96,1
<sup>1</sup>	-0,3	-0,8	-0,7	-1,2	-0,8	-0,8	-0,8	-1,2	-1,4	-1,1	-1,6	-2,1

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
<b>2013</b>	99,0	99,0	99,0	99,2	98,9	99,0	99,0	99,0	99,1	98,8	98,8	98,8
<b>2014</b>	98,8	98,6	98,6	98,4	98,4	98,5	98,3	98,1	98,1	98,1	97,4	97,2

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
<b>2013</b>	97,3	97,6	97,5	97,5	97,0	97,1	97,1	97,5	97,7	96,8	96,6	96,7
<b>2014</b>	96,6	95,9	96,0	95,5	95,7	95,7	95,8	95,7	95,5	95,2	94,6	93,7

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2012</b>	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
<b>2013</b>	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2	99,3	99,0	98,9	99,2	99,1	99,1	98,9
<b>2014</b>	98,6	98,7	99,1	99,2	99,5	99,4	99,0	99,0	99,1	99,1	99,1	98,6
<sup>1</sup>	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0	-0,1	-0,3

		2012 <sup>2</sup>	2013 <sup>2</sup>	2014							
				Juni	Juli	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	
<b>Monatsindex (Dezember 2010 = 100)</b>											
<b>Totalindex</b>		<b>99,3</b>	<b>99,1</b>	<b>99,4</b>	<b>99</b>	<b>99</b>	<b>99,1</b>	<b>99,1</b>	<b>99,1</b>	<b>98,6</b>	
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	97,4	98,5	100,2	100,3	100,4	100,5	99,3	99,1	98,7	
	Alkoholische Getränke und Tabak	102,1	103,4	104,7	104,7	104,2	104,8	104,6	105,0	104,2	
	Bekleidung und Schuhe	88,9	85,6	86,8	80,1	80,2	84,2	88,5	88,6	86,9	
	Wohnen und Energie	102,5	102,6	103,8	103,7	104,1	104,1	103,8	103,8	103,2	
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	97,0	95,4	95,3	94,2	93,8	93,7	93,9	94,2	93,9	
	Gesundheitspflege	99,9	99	98,3	98,3	97,8	97,8	97,9	98,2	97,9	
	Verkehr	98,3	97,4	96,7	96,8	96,84	96,2	96,2	95,5	94,9	
	Nachrichtenübermittlung	99,4	97,1	94,4	94,4	94,5	94,8	95,3	95,2	95,1	
	Freizeit und Kultur	94,5	94,5	95	94,9	94,4	94,5	94,5	94,6	93,6	
	Erziehung und Unterricht	102	103,8	105,1	105,1	105,1	105,8	105,8	105,8	106,3	
	Restaurants und Hotels	102,2	103	103,9	103,5	103,7	103,5	103,3	103	103,1	
Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,5	101,1	100,1	100,5	100,7	100,5	100,0	100,4	100,6		
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	100,4	100,8	101,4	101,3	101,4	101,4	101,3	101,4	101,4	
	Auslandgüter	96	94,2	94	93	92,6	93,1	93,3	92,9	91,2	
	Waren	96,8	95,5	95,6	94,8	94,6	95,0	94,9	94,6	93,5	
	Dienstleistungen	101	101,6	102,1	102,1	102,1	102,1	102,2	102,3	102,2	

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

## Die Zukunft des Industriestandortes Schweiz

Schweizer Unternehmen, speziell die Exportfirmen, haben hektische Zeiten hinter sich. Das zukünftige internationale wirtschaftliche Umfeld wurde plötzlich kaum mehr voraussehbar. Innert kurzer Zeit **fielen die Oelpreise** von einem relativ lange stabil hohen Preis um über 60%. **Die internationalen Geldmärkte** wurden in den letzten drei Jahren durch Geldschwemmen und **Tiefstzinsen** bestimmt. Kein Wunder, dass die **Aktienmärkte in Rekordhöhen** stiegen. Dass in solchen Zeiten **der Schweizer Franken zum Spekulationsobjekt** wird, hat Tradition.

Vor drei Jahren wurde von der SNB ein fixer Wechselkurs zum Euro (1.20) festgelegt. Zu diesem Zeitpunkt sicher ein richtiger Entscheid. Da sich aber die Geldpolitik der EZB nur noch an den Bedürfnissen europäischer Schuldner-Südstaaten orientierte, wurde der Ausstieg unvermeidlich. Die Freigabe des Kurses am 15. Januar und ein allfälliges Einpendeln zum Euro um eins (bei einer Kaufkraft von 1.30) wird ernsthafte Folgen für die Exportindustrie haben. Eine plötzliche Aufwertung des Frankens um mehr als 20% kann nicht ohne Spuren ausgestanden werden. Der Schweizer Franken hat in den letzten 25 Jahren gegenüber wichtigen Weltwährungen (\$, £, Euro/DM) um über 40% aufgewertet; für die Exportindustrie ein konstanter Kampf ums Überleben. Dieser kann nur durch ständige **Innovation** gewonnen werden. Deshalb hier ein paar Gedanken zur Innovation.

**Die Innovationsfähigkeit** ist ein herausragendes Merkmal jeden Gebildes, sei dies der Staat, ein Unternehmen oder ganz einfach

Lebewesen. Wenn Sie heute eine Umfrage machen, dann bejahen alle die Notwendigkeit der Innovation. Um aber Innovation geschehen zu lassen, braucht es eine Innovationskultur, einen Willen zu Neuem, aber auch ein Akzeptieren von Risiko. Innovation ist immer mit **Chancen und Risiken** verbunden. Industrielle Innovation ist nicht nur abhängig von Unternehmen, sondern auch vom Umfeld (Staat, öffentliche Institutionen, Medien, Schulen). Eine gesättigte Gesellschaft, die zwar im privaten Bereich teilweise stupide Risiken eingeht, sieht bei schwer abschätzbaren technischen Zukunftsentwicklungen vielfach nur die Risiken, kaum die Chancen. Man verlangt deshalb Regulatorien, Denkpausen und Moratorien und glaubt damit in einem sich ständig verändernden Umfeld entweder den Status quo halten oder den Lauf von Entwicklungen stoppen zu können. Ein Grund für solches Verhalten liegt darin, dass Handwerk und Naturwissenschaften in der Grundausbildung immer weniger Berücksichtigung finden. Dies hat zur Folge, dass in der Politik und in den Medien über Dinge diskutiert werden, bei welchen die Meinungsmacher kaum über Grundkenntnisse verfügen. In einem solchen Umfeld **Innovation zu pflegen, braucht echten Mut, Mut zum Risiko**. Dies kann nur in einer entsprechenden **Unternehmens-/Umgebungs-kultur** passieren, die offen ist für Neues und auch Misserfolge zulässt. Denn auch der ausgeklügelteste Innovationsprozess ist gegen Glück und Pech nicht gefeit. Dabei genügt es auch nicht, vielversprechende Ideen zu generieren und technisch zu Ende zu führen. Der Transfer einer Neuerung in

einen kommerziellen Erfolg ist ein langer Weg. Diese Prozesse werden aber durch die **Regulierungswut** unserer Politik und der damit verbundenen **überwuchernden Beamten-schaft**, die all diese Regelungen kontrollieren muss, behindert. Die aktuellen Wirtschaftskrisen vieler Länder (vgl. EZB-Geldpolitik) zeigen es. Wenn diesen beiden Faktoren zu wenig Beachtung geschenkt wird, führt dies über kurz oder lang zu ernsthaften Problemen, denn der Wettbewerb von Standorten und zwischen Firmen ist unerbittlich. Standorte, die dem nicht Rechnung tragen, sind innert Frist nicht mehr konkurrenzfähig.

Werner Steinegger

**Diese Ausgabe wird gesponsert von  
bpb Ingenieure AG,  
Riedstrasse 7, 6430 Schwyz  
www.bpp-ing.ch**

Nr.	Datum	Sponsor	
460	30. 05. 2014	Bruhin AG, druckl media, Pfarrmatte 6, 8807 Freienbach	
461	30. 06. 2014	PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf	
462	29. 08. 2014	ROESLE FRICK & PARTNER Rechtsan- wälte, Pfäffikon/SZ und Zürich	
463	26. 09. 2014	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	
464	24. 10. 2014	Schilliger Holz AG, Haltikon 33, 6403 Küssnacht am Rigi	
465	28. 11. 2014	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	
466	17. 12. 2014	Panorama Resort & Spa Feusisberg, Schönfeldstrasse, 8835 Feusisberg	
<b>467</b>	<b>29.01.2015</b>	<b>bpp Ingenieure AG, Riedstrasse 7, 6430 Schwyz</b>	
468	26.02.2015	Franz Kempf AG, Gipsergeschäft, Asterweg 4, 6440 Brunnen	
469	26.03.2015	Sparkasse Schwyz AG, Herrengasse 23, 6431 Schwyz	
470	23.04.2015	Victorinox AG, Schmiedgasse 57, 6430 Schwyz	
471	28.05.2015	Garaventa AG, Zweigniederlassung Goldau, Tennmattstrasse 15, 6410 Goldau	
472	25.06.2015	Schweizerische Mobiliar Versicherungsgesellschaft, Schmiedgasse 30, 6430 Schwyz	
473	27.08.2015	C. Vanoli AG Generalunternehmung AG, Artherstrasse 27, 6405 Immensee	
474	24.09.2015	Feusi + Partner AG, Architekten Planer, Schindellegistrasse 36, 8808 Pfäffikon	
475	28.10.2015	Immobilien Liegenschaften AG, Kornhausstrasse 25, 8840 Einsiedeln	
476	26.11.2015	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	
477	17.12.2015	Convisa AG, Unternehmens-, Steuer- und Rechtsberatung, Herrengasse 14, 6430 Schwyz	
478	28.01.2016	Mattig-Suter und Partner, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6430 Schwyz	